

Niederschrift

über die Sitzung am Donnerstag, 01.12.2011 im Kreishaus Borken

Anwesend:

Vorsitz:

Landrat Dr. Kai Zwicker

Mitglieder:

Eckart Ballenthin	Stadtlohn	
Barbara Büscher	Stadtlohn	
Markus Krafczyk	Bocholt	
Bernhard Krasenbrink	Bocholt	Vertretung für Markus Jasper
Elisabeth Lindenhahn	Raesfeld	
Gerhard Ludwig	Borken	
Johannes Maus	Velen	
Bernd Schlipsing	Vreden	Vertretung für Magdalene Garvert
Bernd Schöning	Stadtlohn	
Markus Schulte	Gronau	
Ursula Schulte	Vreden	
Silke Sommers	Bocholt	
Jens Steiner	Heek	
Jörg von Borczyskowski	Gronau	
Christel Wegmann	Rhede	
Gertrud Welper	Vreden	

Gäste:

Dr. Heiner Kleinschneider	WFG	bis TOP 8
Martina Schmeink	Netzwerk Westmünsterland e.V.	bis TOP 4

Vertreter/innen der Verwaltung:

Kreisdirektor Dr. Ansgar Hörster	
Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Hermann Paßlick	
Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues	
Kreiskämmerer Wilfried Kersting	
Dr. Elisabeth Schwenzow	
Karlheinz Gördes	
Anne-Katrin Schlüter	
Kirsten Tenspolde	
Walter Alfert	
Elisabeth Büning	bis TOP 10
Doris Gausling	bis TOP 4
Susanne Lökes	bis TOP 21.2

Punkt 3: Genehmigung von Dienstreisen für das 2. Kreistagsforum NRW des Landkreistages NRW am 17. bzw. 19.10.2011
Vorlage: 0263/2011

Berichtersteller/in: Landrat Dr. Zwicker

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss genehmigt nachträglich die Dienstreisen der Kreistagsabgeordneten Werner Bleker, Karlheinz Busen, Dietmar Eisele, Markus Schulte und Ursula Schulte zum „2. Kreistagsforum NRW“ des Landkreistages NRW in Düsseldorf am 17. bzw. 19.10.2011.

Punkt 4: Projekt "Personalarbeit in Zeiten demographischen Wandels" - Abschlussbericht
Vorlage: 0312/2011

Berichtersteller/in: Landrat Dr. Zwicker

Aus Sicht von Kreisausschussmitglied Schulte, U., sind die für das Projekt gesetzten Ziele erreicht worden. Sie dankt allen Akteuren und unterstreicht, dass dank der eingeholten Drittmittel die Kosten des Kreises für dieses Projekt reduziert werden konnten. Sie habe die Hoffnung, dass die Unternehmen im Kreis Borken sich dem demographischen Wandel nun stellen.

Für Kreisausschussmitglied Ballenthin hat die Broschüre zum Projekt Vorbildcharakter.

Landrat Dr. Zwicker dankt ebenfalls allen Akteuren und betont, dass es wichtig sei, nicht nur über den demographischen Wandel zu sprechen sondern sich dessen auch bewusst zu werden und zu stellen. Erste Erfolge zeigten hier Projekte wie „Comeback 50“.

Dies unterstreicht Kreisdirektor Dr. Hörster. Das Projekt komme in den Unternehmen an. Als Beispiel führt er die Firma Heitkamp und Hölscher aus Stadtlohn an, die sich sehr um die Integration von Menschen Ü 50 verdient gemacht habe. Er nennt überdies einige Eckdaten zum Projekt Comeback 50. Von insgesamt 1500 arbeitslosen Bürgerinnen und Bürgern im Alter über 50 Jahre hätten 930 freiwillig an dem Projekt teilgenommen. 280 Personen hiervon befänden sich nun in sozialversicherungspflichtigen Berufsverhältnissen und hiervon hätten wiederum 68 % einen Beruf in Vollzeit. Diese Entwicklung bewertet Kreisdirektor Dr. Hörster als sehr positiv und dankt daher allen Beteiligten. Es sei Bewegung in die Thematik gekommen.

Punkt 5: Bildung des Kreiswahlausschusses und Wahl der Beisitzer/innen
Vorlage: 0313/2011

Berichtersteller/in: Landrat Dr. Zwicker

Landrat Dr. Zwicker weist darauf hin, dass die Besetzung des Kreiswahlausschusses für die gesamte restliche Wahlperiode erfolge.

Die Fraktionen einigen sich darauf, den Ausschuss mit zehn Beisitzern zu besetzen und benennen anschließend die jeweiligen Beisitzer für einen einheitlichen Wahlvorschlag.

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

1. Für den Kreiswahlausschuss werden gemäß § 2 Abs. 3 Kommunalwahlgesetz 10 Beisitzer gewählt.

2. Als Beisitzer/innen in den Kreiswahlausschuss werden gewählt:

Ordentliche Beisitzer/in

Persönliche/r Stellvertreter/in

1. Markus Jasper

1. Josef Osterhues

2. Stephanie Pohl

2. Frank Engbers

3. Eckart Ballenthin

3. Christel Wegmann

4. Johannes Maus

4. Volker Himmel

5. Silke Sommers

5. Theo Sanders

6. Günther Dirks

6. Bernd Schöning

7. Barbara Seidensticker-Beining

7. Uta Röhrmann

8. Friedhelm Weikamp

8. Klaus Meyermann

9. Jens Steiner

9. Gertrud Welper

10. Werner Bleker

10. Jörg von Borczyskowski

Punkt 6: Gremienbesetzungen

Punkt 6.1: Antrag der CDU-Fraktion Vorlage: 0309/2011

Berichtersteller/in: Landrat Dr. Zwicker

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

1. Rechnungsprüfungsausschuss

Statt des bisherigen stellv. Mitgliedes Ulrich Holzer
Neu KTM Helmut Möllenkotte

2. Ausschuss für Sicherheit und Ordnung

Statt des bisherigen ord. Mitgliedes Ulrich Holzer
Neu KTM Helmut Möllenkotte

3. Polizeibeirat

Statt des bisherigen ord. Mitgliedes Ulrich Holzer
Neu KTM Helmut Möllenkotte

4. Arbeitskreis für die Gleichstellung von Frau und Mann

Statt des bisherigen ord. Mitgliedes Ulrich Holzer
Neu KTM Helmut Möllenkotte

5. Sparkasse Westmünsterland Zweckverbandsversammlung

Statt des bisherigen stellv. Mitgliedes Ulrich Holzer
Neu KTM Helmut Möllenkotte

Punkt 6.2: Nachbesetzung des Jugendhilfeausschusses
Vorlage: 0317/2011

Berichtersteller/in: Landrat Dr. Zwicker

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Als Nachfolgerin von Frau Monika Dopp wird Frau Sabine Tepasse als stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied (persönliche Stellvertretung für das Ausschussmitglied Martin Huesmann) in den Jugendhilfeausschuss gewählt.

Punkt 7: Sachstand Regionale 2016
Vorlage: 0316/2011

Berichtersteller/in: Landrat Dr. Zwicker

Landrat Dr. Zwicker merkt an, die Entscheidung über das weitere Vorgehen in Sachen „Kulturhistorisches Zentrum“ solle möglichst in der Kreistagssitzung am 01.03.2012 fallen. Bis dahin würden u.a. Gespräche beim Land erfolgen, um die Aussichten als förderfähiges Projekt zu klären. Die Mitglieder des Kreistages würden über die Ergebnisse rechtzeitig informiert. Er dankt für die gute Arbeit im Hause.

Der Sachstand zur Regionale 2016 wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 8: Zuschusserhöhung Münsterland e.V.
Vorlage: 0274/2011

Berichtersteller/in: Landrat Dr. Zwicker

Kreisausschussmitglied Schlipfing fasst die Erkenntnisse, die sich aus den Vorträgen von Herrn Ehling von Münsterland e.V. in der letzten Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Verkehr und Bauen sowie in der Fraktionssitzung der CDU ergeben haben, zusammen. Alle seien über den Umfang und die Vielfalt der Arbeit überrascht gewesen. Insbesondere im Bereich Wirtschaft sei der Mehrwert für den Kreis Borken deutlich geworden. Der Verein könne außerdem eine gute Leistungsbilanz im Hinblick auf die Akquirierung von Fördermitteln vorweisen. Zu prüfen sei jedoch, ob es mit Blick auf andere Institutionen womöglich Doppelstrukturen gebe und ob der Verein hinsichtlich der Aufgaben nicht zu breit aufgestellt sei. Außerdem merkt er kritisch an, dass die Wahrnehmung des Münsterland e.V. von außen eine andere sei als die eigene Wahrnehmung des Vereins.

In Abänderung des Beschlussvorschlages spreche sich die CDU daher zunächst nur für eine Zuschusserhöhung in 2012 von 10 Cent aus. Gleichzeitig bitte sie die Verwaltung, den Münsterland e.V., hinsichtlich eventueller Doppelstrukturen zu überprüfen und Ende 2012 diesbezüglich zu berichten. Auf dieser Basis solle dann über die weitere Zuschusserhöhung in 2013 entschieden werden. Darüber hinaus solle ein Vertreter des Münsterland e.V. im Fachausschuss in regelmäßigen Abständen über die Arbeit des Vereins berichten.

Kreisausschussmitglied Schulte, U., spricht sich für eine weiterhin gebündelte Vermarktung des Münsterlandes aus und betont, die Arbeit des Münsterland e.V. sei besser als bislang gedacht. Der Münsterland e.V. habe es aber nicht geschafft, sich selbst gut zu vermarkten. Die SPD halte Doppelstrukturen und Überschneidungen zum Beispiel mit Tätigkeitsfeldern der WFG für möglich. Im Ergebnis werde die SPD-Fraktion gegen den Beschlussvorschlag der Verwaltung wie auch gegen den Änderungsantrag der CDU stimmen.

Auf Bitte von Kreisausschussmitglied Schulte, U., sagt Kreisdirektor Dr. Hörster zu, zu überprüfen, ob der Wirtschaftsplan des Münsterland e.V. im Nachgang vorgelegt werden kann.

Kreisausschussmitglied Steiner führt aus, dass die Arbeit des Münsterland e.V. derzeit von außen nicht wahrgenommen werde. Ein Marketingkonzept für das Münsterland sei grundsätzlich wichtig. Es sei aber kritisch zu überprüfen, welche Ziele und Perspektiven sich für den Münsterland e.V. konkret ergeben. Da Herr Ehling vom Münsterland e.V. erst in der sich an die Sitzung des Kreisausschusses anschließenden Fraktionssitzung von Bündnis 90/Die Grünen zum Thema referieren werde, bitte er um Vertagung der Entscheidung.

Kreisausschussmitglied von Borczyskowski macht deutlich, die UWG werde der Zuschusserhöhung nicht zustimmen. Insbesondere das Thema Doppelstrukturen sei hierfür ausschlaggebend. Die Strukturen sollten erst aufgearbeitet werden, bevor eine Zuschusserhöhung erfolge. Hierbei könne ähnlich vorgegangen werden, wie bei der Überprüfung der sozialen Förderstrukturen.

Aus Sicht des Kreisausschussmitgliedes Schöning sei es wichtig, dass sich das Münsterland als Region vermarkte. Das aktuelle Haushaltsdefizit müsse geschlossen werden um den Fortbestand des Vereins zu sichern. In der so gewonnenen Zeit könnten die Strukturen überprüft werden.

Herr Dr. Kleinschneider von der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Borken (WFG) betont den engen Kontakt der WFG zum Münsterland e.V. Am Beispiel der Gewerbeflächenbörse macht er deutlich, dass aus seiner Sicht keine Doppelstrukturen vorhanden seien, vielmehr werde diese Börse von allen 66 Kommunen sowie von der WFG genutzt.

Die Arbeitsgemeinschaft der Bürgermeister habe sich für die Zuschusserhöhung des Münsterland e.V. ausgesprochen, ergänzt Landrat Dr. Zwicker.

Auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird der Tagesordnungspunkt ohne Beschlussempfehlung an den Kreistag weitergegeben.

Punkt 9: "Lernen vor Ort" - 2. Antragsphase
Vorlage: 0307/2011

Berichtersteller/in: Kreisdirektor Dr. Hörster

Auf Anfrage des Kreisausschussmitgliedes Schulte, U., nach den finanziellen Auswirkungen für den Kreis Borken im Falle einer Antragstellung antwortet Kreisdirektor Dr. Hörster, die Erstellung des Antrages für die 2. Förderphase „Lernen vor Ort“ verursache zunächst keine Kosten. Bevor der Antrag dann zum Stichtag 31.03.2012 beim Bundesministerium für Bildung und Forschung eingereicht werde, werde er nebst Kostenkalkulation den beteiligten Gremien nochmals zur Abstimmung und Entscheidung vorgelegt.

Elisabeth Büning vom Bildungsbüro fügt hinzu, dass die derzeitigen 5 Projektstellen im Haus für die 1. Förderphase „Lernen vor Ort“ zu 100% durch den Bund refinanziert seien.

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Der Kreistag befürwortet die Erarbeitung einer Bewerbung zur 2. Förderphase „Lernen vor Ort“ durch das Bildungsbüro.

Punkt 10: Umsetzung eines neuen Übergangssystems Schule/Beruf in Referenzkommunen
Vorlage: 0310/2011

Berichtersteller/in: Kreisdirektor Dr. Hörster

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Der Kreistag beauftragt die Kreisverwaltung, eine Vereinbarung zum kreisweiten systematischen Übergang von der Schule in den Beruf mit dem Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales NRW abzuschließen. Damit übernimmt die Kreisverwaltung die Aufgabe der kommunalen Koordinierung des Übergangssystems Schule-Beruf als eine von sieben Referenzkommunen in NRW.

Punkt 11: Einführung eines Sozialtickets
Vorlage: 0273/2011/1

Berichtersteller/in: Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Paßlick

Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Paßlick verweist auf die Beratungen im Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr und Bauen und macht deutlich, dass der Kreis Borken als ein Mitglied im Tarifsysteem nicht ohne weiteres neue Tarife oder Tickets beschließen könne. Voraussetzung für die Einführung eines Sozialtickets sei, dass ein bereits vorhandenes Ticket vergünstigt und bezuschusst werde. Um die Kosten für den Kreis Borken im Falle der Einführung des Tickets zu berechnen, fehlten derzeit viele Faktoren. So sei die Quote für die Inanspruchnahme ebenso offen wie der Geltungsbereich des Tickets. Er stellt klar, dass das Thema Sozialticket nicht endgültig abgelehnt werden solle. Vielmehr sollten nun die Erfahrungen aus anderen Kreisen, die das Sozialticket einführen, abgewartet werden. Im Herbst 2012 – frühzeitig vor Antragsfristende für das Sozialticket 2013 – könne mit den so neu gewonnen Informationen in den zuständigen Gremien des Kreises erneut über die Einführung des Sozialtickets beraten werden, sofern das Land seine Förderung fortsetze.

Kreisausschussmitglied Steiner kritisiert, dass seit zwei Jahren über die Einführung eines Sozialtickets gesprochen werde und es dennoch keine näheren Erkenntnisse in dieser Sache gebe. Er unterstreicht die Wichtigkeit des Sozialtickets für den ländlichen Raum und bedauert, dass die nicht beantragten Landesförderungen für das Sozialticket nun in das Ruhrgebiet fließen würden. Seine Fraktion werde das Thema weiter verfolgen.

Kreisausschussmitglied von Borczykowski bestätigt die Wichtigkeit des Sozialtickets, stellt jedoch die Finanzierbarkeit des Eigenanteils des Kreises Borken in Frage. Wenn das Land die Einführung eines Sozialtickets vorantreiben wolle, dann müsse das Förderprogramm langfristige Perspektiven und nicht nur eine Anschubfinanzierung aufweisen. Aufgrund der derzeitigen Unabwägbarkeiten bei der Finanzierung des Sozialtickets könne die UWG die Einführung eines Sozialtickets derzeit nicht mittragen.

Ergänzend weist Ausschussmitglied Schlipfing auf die Personalkosten für die Ausstellung von Berechtigungsscheinen und die Abrechnung der Kosten zwischen Kreis und RVM hin. Diese Kosten seien bei der Kalkulation zur Finanzierung des Sozialtickets noch nicht berücksichtigt und müssten umlagefinanziert werden, d.h. durch die ohnehin schon stark belasteten kreisangehörigen Städte und Gemeinden.

Kreisausschussmitglied Schöning stellt in Frage, dass nur SGB II-Leistungsbezieher als Berechtigte des Sozialtickets vorgesehen seien. Bürgerinnen und Bürger, die monatlich über das gleiche Einkommen verfügen wie SGB II-Leistungsempfänger, würden demnach kein Anspruch auf ein Sozialticket haben.

Auf Anfrage von Kreisausschussmitglied Maus teilt Landrat Dr. Zwicker mit, die Bürgermeister im Kreis Borken hätten sich mit Ausnahme der Stadt Bocholt gegen die Einführung eines Sozialtickets ausgesprochen. Der Kreis Recklinghausen sowie die Städte Gelsenkirchen und Bottrop beabsichtigten hingegen, ein Sozialticket einzuführen.

Auf Nachfrage von Kreisausschussmitglied von Borczykowski gibt Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Paßlick an, ein Eigenanteil des Kreises sei zwar nach der Verordnung nicht zwingend erforderlich, jedoch würde er sich wohl zwangsläufig ergeben, da die Inanspruchnahme des Sozialtickets dem gesamten Berechtigtenkreis ermöglicht werden müsse und der Landeszuschuss dafür bei weitem nicht ausreiche.

Zusammenfassend sei zu sagen, dass für 2012 eine gemeinsame Lösung für das Münsterland nicht möglich sei, aber weiter an dem Thema gearbeitet werde, konstatiert Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Paßlick. Er werde das Thema insbesondere in der ZVM-Tarifkommission konstruktiv weiter begleiten.

Beschluss: 12 Ja-Stimmen
5 Nein-Stimmen

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Die Einführung eines Sozialtickets wird abgelehnt.

**Punkt 12: Einrichtung eines Aufbaubildungsganges "Betriebswirtschaft für Techniker" am Berufskolleg Bocholt-West
Vorlage: 0304/2011**

Berichtersteller/in: Kreisdirektor Dr. Hörster

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Vorbehaltlich der schulfachlichen Genehmigung wird zum Schuljahr 2012/2013 (2. Schulhalbjahr) am Berufskolleg Bocholt-West ein Aufbaubildungsgang „Betriebswirtschaft für Techniker“ eingerichtet.

Punkt 13: Umsetzung der Leistungen für Bildung und Teilhabe
1. Bericht zur Umsetzung
2. Umsetzung der Schulsozialarbeit im Rahmen von Bildung und Teilhabe
3. Verwaltungskosten für die Erbringung von Bildungs- und Teilhabeleistungen
4. Berechnung zur Verteilung der Finanzmittel an die kreisangehörigen Städte/Gemeinden
Vorlage: 0268/2011

Berichtersteller/in: Kreisdirektor Dr. Hörster

Auf Nachfrage von Kreisausschussmitglied Ludwig erläutert Kreisdirektor Dr. Hörster, die zugewiesenen Bundesmittel für Verwaltungskosten und Schulsozialarbeit seien fix, lediglich der Verteilungsschlüssel auf die kreisangehörigen Städte und Gemeinden sei beeinflussbar.

Zu den Hinweisen von Kreisausschussmitglied Schulte, U., betont er, die Zahl der Inanspruchnahme der BuT-Leistungen liege beim Kreis mit 52 % über dem Landesdurchschnitt von 45 %. Der Kreis Borken habe mit den kreisangehörigen Kommunen abgestimmt, dass vor Ort passgenaue Projekte für Kinder und Jugendliche angeboten werden sollen, um die Kinder so schnell wie möglich zu erreichen und zur Inanspruchnahme der Angebote zu animieren.

Auf Antrag von Kreisausschussmitglied Welper wird der Beschlussvorschlag der Verwaltung um den Satz „Über die Umsetzung wird berichtet.“ ergänzt.

Landrat Dr. Zwicker lässt über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Der Bericht zur Umsetzung der Leistungen für Bildung und Teilhabe im Kreis Borken wird zur Kenntnis genommen. Der Weitergabe der Finanzmittel für Schulsozialarbeit und der Verwaltungskosten im Zusammenhang mit den Leistungen für Bildung und Teilhabe wird zugestimmt. Über die Umsetzung wird berichtet.

Punkt 14: Erlass einer Delegationssatzung über die Durchführung der Bildungs- und Teilhabeleistungen für kinderzuschlags- und wohngeldberechtigte Kinder
Vorlage: 0270/2011

Berichtersteller/in: Kreisdirektor Dr. Hörster

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Der Kreistag beschließt die Satzung über die Durchführung der Bildungs- und Teilhabeleistungen für kinderzuschlags- und wohngeldberechtigte Kinder.

Punkt 15: Änderungen der Delegationssatzung über die Durchführung der Sozialhilfe nach dem SGB XII im Kreis Borken
Vorlage: 0271/2011

Berichtersteller/in: Kreisdirektor Dr. Hörster

Zur Anfrage von Kreisausschussmitglied Schöning führt Frau Lökes vom Fachbereich Soziales aus, bei den in § 2 Abs. 2 genannten Leistungen handele es sich um spezielle Leistungen aus dem SGB XII, die der Kreis zentralisiert umsetze. Eine Dezentralisierung und damit das Vorhalten dieses Spezialwissens vor Ort würde einen unverhältnismäßigen Aufwand bedeuten.

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Der Kreistag beschließt die Satzung zur Änderung der Satzung vom 20.01.2005 über die Durchführung der Sozialhilfe nach dem SGB XII.

Punkt 16: Änderung der Satzung über die Durchführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II im Kreis Borken
Vorlage: 0272/2011

Berichtersteller/in: Kreisdirektor Dr. Hörster

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Der Kreistag beschließt die Satzung vom 17.11.2006 über die Durchführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II.

Punkt 17: Energieautarkie für den Kreis Borken
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29.11.2011
Vorlage: 0319/2011

Berichtersteller/in: Ltd. Kreisbaudirektor Grothues

Landrat Dr. Zwicker empfiehlt einen Verweis des Antrags an den Fachausschuss.

Auf Nachfrage von Kreisausschussmitglied Steiner, an welchen Fachausschuss verwiesen werden solle, führt Ltd. Kreisbaudirektor Grothues aus, dass das bereits erstellte „Klimaschutzkonzept für den Kreis Borken“ sowie die in Kürze startende Teilnahme am European Energy Award (eea) im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Umwelt liegen. Er befürworte daher eine Federführung dieses Ausschusses. Erforderlichenfalls könne sich dann auch der Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr und Bauen mit dem Antrag befassen.

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20.11.2011 zum Beratungsgegenstand Energieautarkie für den Kreis Borken wird an den Ausschuss für Umwelt verwiesen.

Punkt 18: Mitteilungen der Verwaltung

Punkt 18.1: Aktueller Sachstand zum Thema "Fracking"

Berichtersteller/in: Landrat Dr. Zwicker

Landrat Dr. Zwicker erklärt, dass die NRW-Landesregierung vorerst alle Bohrungen sowie direkte und indirekte Vorbereitungen für Bohrungen mit der umstrittenen Fracking-Methode bis zur Vorlage eines Gutachtens zu den langfristigen Folgen für Mensch und Umwelt gestoppt habe.

Auf Nachfrage von Kreisausschussmitglied Schulte, M., ob auch andere Bohrungen wie z.B. Geothermie von dieser Regelung betroffen seien, verweist Ltd. Kreisbaudirektor Grothues hierzu auf die Pressemitteilung des Landes. (**Anlage 1**)

Punkt 19: Anfragen

Punkt 19.1: Stiftung Kulturlandschaft

Kreisausschussmitglied Schulte, U., erkundigt sich nach den Gründen, warum der Beirat Stiftung Kulturlandschaft seit geraumer Zeit nicht mehr getagt habe.

Ltd. Kreisbaudirektor Grothues begründet dies mit der Umstrukturierung des Fachbereiches Natur und Umwelt. Das Thema würde dennoch im Blick gehalten.

Punkt 19.2: Themenvorschlag für den Polizeibeirat

Vor dem Hintergrund der aktuellen Erkenntnisse zu rechtsradikalen Aktivitäten in Deutschland erwähnt Kreisausschussmitglied Schulte, U., eine in der Presse veröffentlichte Liste, auf der gefährdete Personen benannt seien und erkundigt sich nach dem Sachstand hierzu. Darüber hinaus schlägt sie vor, das Thema Rechtsradikalismus in der nächsten Sitzung des Polizeibeirates zu thematisieren.

Landrat Dr. Zwicker führt hierzu aus, dass alle auf dieser Liste benannten Personen hierüber informiert worden seien. Einige von ihnen hätten sich offenbar an die Presse gewandt. Die Anregung für den Polizeibeirat werde er weitergeben.

Ende des öffentlichen Teils

Landrat Dr. Zwicker schließt die Sitzung um 19:48 Uhr.

gez.

Landrat Dr. Kai Zwicker

gez.

Anne-Katrin Schlüter